



Sozialdemokratische Partei  
Wohlen BE

[www.spplus-wohlen.ch](http://www.spplus-wohlen.ch)

SPplus Wohlen  
Postfach 319  
3032 Hinterkappelen

Oktober 2020

# DIE SPITZE BOTSCHAFT

Editorial

## Für eine lebenswerte Zukunft

Von Michael Meyer, Co-Präsident SPplus Wohlen

Frisches Trinkwasser aus der Leitung, ein Spaziergang entlang dem blauen Wohlensee und über grüne Wiesen, freier Zugang zu Information, soziale und gesundheitliche Sicherheit: Dies und noch viel mehr sind Dinge, die wir in einem funktionierenden demokratischen Land wie der Schweiz als selbstverständlich erachten, selbst in der aktuellen, durch die Corona-Pandemie geprägten Zeit. Und trotzdem sehnen wir uns nach einer Umarmung zur Begrüssung

da, einem entspannten Abend unter Freunden dort oder auch nach Reisen ins Ausland oder gar nach Übersee, also nach all den Dingen, die zurzeit nur eingeschränkt machbar sind.

In vielen Regionen auf der Welt ist leider selbst für uns Alltägliches nicht einmal in normalen Zeiten möglich. Die Gründe dafür sind vielfältig und reichen von Krieg und Ausbeutung bis hin zu Naturkatastrophen – viele davon

ebenfalls durch den Menschen verursacht. Für mich ist es nur selbstverständlich, dass die in der Schweiz geltenden Standards, insbesondere die Menschenrechte und der Respekt vor der Umwelt, von Schweizer Firmen auch im Ausland eingehalten werden. In diesem Sinn steht die SPplus Wohlen ein für einen Wandel hin zu einer nachhaltig sozialen und für alle lebenswerten Zukunft in Wohlen, in der Schweiz und darüber hinaus.



# Konzerne sollen geradestehen

Von Christof Berger, Hinterkappelen, Vize-Präsident SPplus Wohlen BE

Im Grundsatz sind sich alle einig. Oder sie tun wenigstens so. Alle sind sie dafür, dass Menschenrechte auf der ganzen Welt eingehalten werden, dass niemand von Kinderarbeit profitieren soll, dass Umweltstandards respektiert und beispielsweise keine Flüsse vergiftet werden dürfen. Es würde es jedenfalls niemand wagen, öffentlich für das Gegenteil einzustehen. Für hiesige Betriebe gelten gesetzliche Bestimmungen ja schliesslich auch. Wenn ein Landwirt Jauche in einen Bach kippt und in der Folge alle Fische sterben, wird er dafür zur Rechenschaft gezogen und gebüsst. Jedoch können international tätige Firmen mit Sitz in der Schweiz sich dieser Verantwortung entledigen, wenn sie in Ländern produzieren lassen, deren Behörden korrupt, deren Umweltgesetze lasch, deren Regierungen autokratisch sind. Und mit unruhmlicher Regelmässigkeit sind einige unserer Multis dann auch in entsprechende Skandale verwickelt.

Dies möchte die Konzernverantwortungsinitiative (Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt») ändern: Menschen auf der ganzen Welt, die beweisen können, dass sie von einem hier ansässigen multinationalen Unternehmen in gravierender Weise geschädigt wurden, sollen künftig in der Schweiz auf Schadenersatz klagen können. Doch auch wenn die Hürden riesig sind, um einen solchen Prozess überhaupt anstrengen zu können, wird die Initiative von der Konzernlobby mit allen Mitteln bekämpft. Das von vielen Nichtregierungsorganisationen und Hilfswerken im Herbst 2017 eingereichte Volksbegehren wird zwar von Persönlichkeiten bis weit ins bürgerliche Lager unterstützt. Trotzdem stösst das Begehren beim mehrheitlich bürgerlichen Parlament und Bun-



desrat auf Ablehnung. Während mehr als zwei Jahren wurde in National- und Ständerat um einen Gegenvorschlag gerungen. Mit dem Ergebnis, dass nun praktisch ein Nichts als «Gegenvorschlag» vorliegt! Die Unternehmen müssten lediglich jährlich über ihren Umgang mit Menschenrechten und Umwelt berichten, falls die Initiative abgelehnt wird. Darin sind sie respektive ihre PR-Abteilungen gut, ihre Tätigkeiten in den schillerndsten Farben schönzureden. Die Realität sieht oft anders aus.

Bundesrätin Keller-Sutter behauptet nun, die Initiative würde auch viele mittlere Unternehmen in der Schweiz betreffen. Man stelle sich das einmal praktisch vor: Die Geschädigten einer Goldmine in Peru beweisen, dass die Goldmine eine Tochtergesellschaft einer mittleren Manufaktur im Emmental sei und reichen deshalb in der Schweiz Klage gegen diese Manufaktur ein. Ist natürlich Quatsch. Die Initiative ist klar auf Multis wie Glencore,

Nestlé oder Syngenta ausgerichtet. Diese haben die Globalisierung dazu genutzt, mächtiger als Nationalstaaten zu werden und sich oftmals quasi in einem rechtsfreien Raum zu bewegen. So vergiften Glencores Minen ganze Landstriche, mussten Kindersklaven auf Kakaofarmen für Nestlé schuffen, machen Pestizide von Syngenta Bauern in Indien krank.

Wir sagen deshalb am 29. November klar Ja zur Konzernverantwortungsinitiative: Weil sich gezeigt hat, dass Freiwilligkeit nicht reicht. Weil sie Opfern von Menschenrechtsverletzungen durch Schweizer Unternehmen den Zugang zum Recht ermöglicht. Weil die Glaubwürdigkeit der Schweiz punkto Menschenrechte auf dem Spiel steht. Weil sie alle hier ansässigen Unternehmen verpflichtet, sich an die Menschenrechte und die Umweltstandards zu halten und dergestalt zu wirtschaften, wie es den ethischen Prinzipien der Schweiz entspricht.



# Keine Kriegsgeschäfte mit meinem Geld

Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten  
Von Ueli Corrodi, Hinterkappelen

Die Schweiz als erfolgreiche und international tätige Handelsnation verfügt über einige hervorragende Exportartikel wie Käse, Uhren und Schokolade. Noch bedeutsamer aber sind weltweit anerkannte Angebote wie die Aktivitäten des Roten Kreuzes (IKRK), diplomatische Vertretungen bei verfeindeten Staaten und das Engagement bei der Erarbeitung friedlicher Lösungen bei zwischenstaatlichen Konflikten. Diese Aktivitäten beruhen auf der Neutralität und der humanitären Tradition unseres Landes. Die Schweiz hat gleichzeitig aber auch eine lange Tradition als Waffenexporteur. Sie gehört zu den grossen Waffenlieferanten und steht bevölkerungsbezogen nach Russland und Israel weltweit an dritter Stelle.

Bei der vorliegenden Initiative geht es um Investitionen des schweizerischen Finanzplatzes in die internationale Rüstungsindustrie. Als Investoren sind die Schweiz, Nationalbank (SNB), Pensionskassen, Banken und Versicherungen betroffen. Es geht mit anderen Worten um unser Geld, mit dem die Finanzinstitute ihre Investitionen tätigen. Daneben verwaltet der Bankenplatz aber auch ausländische Guthaben in der Grössenordnung von 6,6 Billionen Franken. Auch diese Gelder werden entsprechend investiert. Man nimmt an, dass allein die Pensionskassen im Moment rund 4 Milliarden Franken in die Rüstungsindustrie investiert haben. Die SNB investierte 2016 800 Millionen Franken in die Atomwaffenproduktion. Diese Beträge stehen im Widerspruch zur

schweizerischen Neutralitäts- und Friedenspolitik. Die Schweiz spielt eine zwiespältige Rolle, indem sie offiziell friedliche Entwicklungen unterstützt, mit ihrer Geldpolitik aber gleichzeitig kriegerische Konflikte fördert. Diese führen zu Fluchtbewegungen, die schliesslich auch auf die Schweiz überschwappen. Die Schweiz mit ihrem Finanzplatz ist unglaublich. Es passt zur gratis Waffenlieferung an Nazi-Deutschland («Clearing Milliarde», nach heutigem Geldwert etwa 15 Milliarden Franken), zum Umgang mit den nachrichtenlosen Vermögen nach dem Zweiten Weltkrieg und zur Tatsache, dass in der Schweiz riesige Mengen von Geld gewaschen werden (Bund vom 21.9.2020). Insgesamt torpediert die Schweiz sich selbst und schießt sich in den eigenen Fuss.

Am 29. November

JA zum Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

**KEIN SCHWEIZER GELD  
FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT**



**JA** ZUR  
KRIEGSGESCHÄFTE  
INITIATIVE

kriegsgeschaefte.ch



Mit der Initiative haben wir die Gelegenheit, die unselige Abfolge von Investitionen, Waffenproduktion und Kriegen bis hin zum unbewältigten Flüchtlingsehend in Europa und auch in der Schweiz zu unterbrechen. Wir verpflichten die Finanzinstitute, auf Investitionen in die Waffenproduktion zu verzichten. Für einmal sind auch keine Arbeitsplätze in Gefahr. Im Ausland sind nachhaltige Investitionen ohne Beteiligung an der Waffenproduktion verbreitet. Die Schweiz hinkt in diesem Bereich hintennach.

Die Initiative fördert eine glaubwürdige Sicherheits- und Aussenpolitik und liegt im Interesse von uns allen. Sie bekämpft Fluchtursachen, leistet einen Beitrag zu einer friedlicheren Welt und garantiert der Bevölkerung ein Mitspracherecht über die Verwendung des Volksvermögens. Es steht eine ehrliche, konsistente und vertrauenswürdige Position der Schweiz in der Welt auf dem Spiel.

Gemeindeabstimmung:

# Urnenabstimmung anstelle der Gemeindeversammlung – 3 mal JA am 29.11.2020

Der SPplus unterstützt den Entscheid, anstelle der Gemeindeversammlung eine Urnenabstimmung durchzuführen. Der geringe Besucheraufmarsch anlässlich der Gemeindeversammlung im August hat gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger Grossveranstaltungen nach Möglichkeit meiden. Unter den gegenwärtigen speziellen Verhältnissen ist eine Urnenabstimmung sinnvoll, auch wenn dadurch ausnahmsweise die Diskussion vor Ort ausfallen muss.

Das Budget 2021 schliesst mit einem Einnahmenüberschuss im Allgemeinen Haushalt von rund 1 Mio. Franken ab, dies trotz Berücksichtigung der prognostizierten Auswirkungen der Covid-19 Pandemie. Die SPplus nimmt dieses Ergebnis erfreut zur Kenntnis, widerspiegelt es doch die gesunde finanzielle Lage der Gemeinde und zeigt, dass das Finanzdepartement umsichtig und vorausschauend handelt. Unter der Berücksichtigung der Tatsache, dass dem Budget ein Buchgewinn von 1,8 Mio. zu Grunde liegt und die langfristigen Auswirkungen der Covid-19 Pandemie nicht zu beziffern sind, weist die SPplus mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass trotz positivem Budget im Allgemeinen Haushalt der aktuelle Steuerfuss nicht nach unten korrigiert werden darf.

Die SPplus unterstützt die Teilrevision des Personalreglements. Sie hat im Rahmen der Mitwirkung gefordert, dass die Kündigungsgründe abschliessend aufgelistet werden, der Bezug von Vaterschafts- bzw. Adoptionsurlaub nicht bloss innert 6 sondern innert 12 Monaten ermöglicht wird und dass trotz der neuen Regelung zum Vaterschaftsurlaub weiterhin bei Geburt eigener Kinder ein zusätzlicher Kurzurlaub von 2 Tagen gewährt wird. Diese drei Punkte wurden vom Gemeinderat nicht übernommen. Dennoch erfolgen mit der Teilrevision wesentliche Verbesserungen für die Arbeitnehmenden (2 Wochen Vaterschaftsurlaub, bessere Regelungen bei Krankheit und Unfall und verbesserte Unterstützung bei längeren Abwesenheiten). Aus diesem Grund empfiehlt die SPplus, der Teilrevision zuzustimmen.

Der Ersatz des Kleintanklöschfahrzeugs basiert auf der genehmigten Fahrzeugstrategie und entspricht einer sinnvollen und zeitgemässen Ausrüstung der Feuerwehr Meikirch-Wohlen. Die SPplus spricht sich für den nötigen Kredit von Fr. 270'000.– aus.



## Beitrittserklärung:

- Ja! Ich möchte Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Sektion SPplus Wohlen BE, werden.
- Schicken Sie mir bitte weitere Unterlagen.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: SPplus Wohlen, Postfach 319, 3032 Hinterkappelen

# Für eine modernere Familienpolitik:

## Jetzt die Elternzeitinitiative unterschreiben

Familien mit kleinen Kindern sind stark gefordert. Für sie ist es nicht einfach, die Erwerbsarbeit mit den Betreuungsaufgaben in Einklang zu bringen. Heute reduzieren vor allem Frauen ihre Arbeitszeit ab der Geburt des ersten Kindes stark - und oft für lange Zeit. Sie übernehmen den Löwinnenanteil an unbezahlter Betreuungs- und Hausarbeit. Dafür bezahlen sie mit schlechteren Karrierechancen, Lohneinbussen, Einbussen bei den Sozialversicherungen und tieferen Renten. Das ist nicht nur in Bezug auf die Gleichstellung problematisch. Es ist auch wirtschaftlich unsinnig, wenn viele sehr gut ausgebildete Frauen aufgrund des heutigen Systems hinter ihren beruflichen Möglichkeiten zurückbleiben. Um das anzugehen, braucht es eine moderne Familienpolitik. Der soeben deutlich angenommene Vaterschaftsurlaub ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Für echte Gleichstellung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf reicht das jedoch nicht.

### Flexibles Modell, das die Gleichstellung fördert

Darum hat die SP Kanton Bern die Initiative für eine kantonale Elternzeit lanciert. Die Initiative verlangt, dass der Kanton Bern eine kantonale Elternzeit von 24 Wochen einführt. Davon sind je 6 Wochen für jeden Elternteil reserviert, die restlichen 12 Wochen können die Eltern frei unter sich aufteilen. Während der kantonalen Elternzeit erhalten die Eltern einen angemessenen Lohnersatz. Dieser orientiert sich in Bezug auf Höhe und Art an der Mutterschaftsentschädigung. Die kantonale Elternzeit kann von der Geburt des Kindes bis zum Eintritt in den Kindergarten bezogen werden. Es braucht 24 Wochen, denn Studien haben gezeigt, dass eine gesamtgesellschaftliche Wirkung durch einen höheren Beschäftigungsgrad erst ab dieser Länge, zusammen mit

den 14 Wochen Mutterschaftsversicherung, erzielt wird.

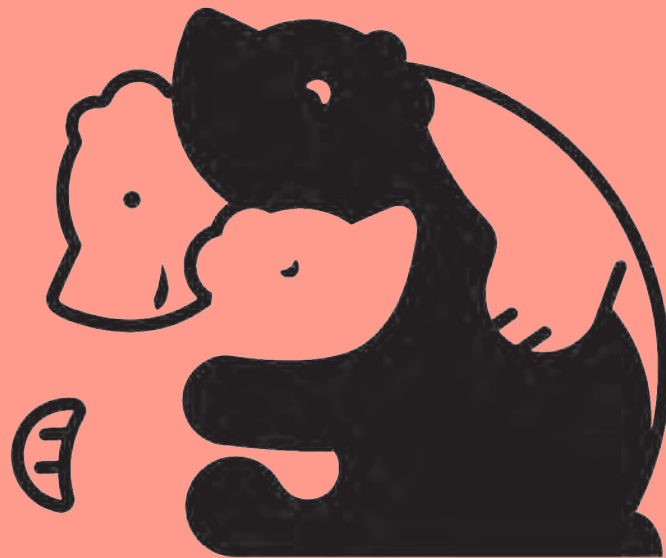
### Eine Chance für den Kanton Bern

Die Kantone spielten schon immer eine wichtige Rolle bei der Einführung von sozialen Reformen, das ist einer der Vorteile des Föderalismus. Beispiele dafür sind die AHV, das Frauenstimm- und -wahlrecht oder der Mindestlohn. Der Kanton Bern kann mit anderen progressiven Kantonen in der Familienpolitik vorangehen und damit auch den Druck auf eine nationale Lösung erhöhen. Es wäre aber auch eine Chance für den Kanton Bern. Denn in Zeiten des Fachkräftemangels haben grosse, hochprofitable Unternehmen verstanden, dass eine moderne Familienpolitik in ihrem Interesse ist und gehen schon heute oft weiter als das gesetzliche Minimum. Für KMU's hingegen ist es schwieriger, solche Massnahmen ohne staatliche Un-

terstützung einzuführen. Damit haben sie im Rennen um Fachkräfte das Nachsehen. Eine echte Elternzeit wäre also auch ein Vorteil für die kantonale Volkswirtschaft. Und eine familienfreundliche Politik, die die Volkswirtschaft stärkt, wäre nicht zuletzt auch eine Alternative zum schädlichen Steuerwettbewerb.

### Fordernde Unterschriftensammlung

Die Hürde für Initiativen ist im Kanton Bern hoch: Innerhalb von sechs Monaten müssen 15'000 gültige Unterschriften gesammelt werden. Damit das gelingt, braucht es das Engagement jeder und jedes Einzelnen: Unterschreibt auf dem beiliegenden Bogen und bittet eure Freunde und Bekannten, das auch zu tun. Weitere Bögen für Leute, die nicht in der gleichen Gemeinde wohnen, stehen auf [www.elternzeit.be](http://www.elternzeit.be) zur Verfügung.



# ELTERNZEIT

# INITIATIVE FÜR EINE KANTONALE ELTERNZEIT

Die nachfolgend unterzeichnenden Stimmberechtigten des Kantons Bern reichen gestützt auf Artikel 58 der Bernischen Kantonsverfassung vom 6. Juni 1993 und Artikel 140 ff. des kantonalen Gesetzes vom 5. Juni 2012 über die politischen Rechte, die folgende Initiative in Form der einfachen Anregung ein:

Der Kanton Bern führt eine kantonale Elternzeit ein, um die Eltern bei der Entwicklung der Beziehung zu ihren Kindern zu unterstützen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Gleichstellung von Frau und Mann zu fördern.

Bei der Ausgestaltung der Elternzeit im Kanton Bern sind folgende Rahmenbedingungen zu beachten:

- Die kantonale Elternzeit beträgt 24 Wochen. Davon sind je 6 Wochen für jeden Elternteil reserviert, die restlichen 12 Wochen können die Eltern frei unter sich aufteilen.
- Während der kantonalen Elternzeit erhalten die Eltern einen angemessenen Lohnersatz. Dieser orientiert sich in Bezug auf Höhe und Art an der Mutterschaftsentschädigung.
- Die kantonale Elternzeit kann von der Geburt des Kindes bis zum Eintritt in den Kindergarten bezogen werden.

Auf diesem Unterschriftenbogen dürfen nur Personen unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Wer mit einem anderen Namen als seinem eigenen unterzeichnet oder auf andere Weise das Ergebnis der Unterschriftensammlung fälscht, macht sich nach Artikel 282 StGB strafbar.

Beginn der Unterschriftensammlung: 01.09.2020. Letztmöglicher Termin für die Einreichung der Unterschriften bei der stimmregisterführenden Stelle: 01.03.2021

Verwaltungskreis:		PLZ:	Politische Gemeinde:		
Nr.	Name, Vorname (eigenhändig und möglichst in Blockschrift)	Geburtsjahr TT MM JJJJ	Adresse (Strasse und Hausnummer) (eigenhändig und möglichst in Blockschrift)	Unterschrift (eigenhändig)	Kontrolle (leer lassen)
1					
2					
3					

**Bitte diesen Initiativbogen ganz oder teilweise ausgefüllt umgehend und bis spätestens 15.02.2021 einsenden an: Komitee Elternzeit, Postfach 2947, 3001 Bern**

Zusätzliche Unterschriftenbogen bestellen: [www.elternzeit.be](http://www.elternzeit.be), [info@elternzeit.be](mailto:info@elternzeit.be) oder 031 370 07 80

Das Initiativkomitee, bestehend aus den nachstehenden Mitgliedern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen: Tanja Bauer, Gurtenbrauerei 80, 3084 Wabern; Maurane Riesen, Chemin des Vergers 3, 2740 Moutier; David Stampfli, Von-Gunten-Strasse 7, 3006 Bern; Mirjam Veglio, Wydackerstrasse 8, 3052 Zollikofen; Livia Vogt, Elisabethenstrasse 21, 3014 Bern; Stefan Wüthrich, Napfstrasse 18, 3550 Langnau im Emmental; Clara Wyss, Viktoriastrasse 87, 3013 Bern

Die untenstehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt. Bitte leer lassen!

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass die oben Unterzeichnenden in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in dieser Gemeinde ausüben.

Datum des Eingangs: \_\_\_\_\_

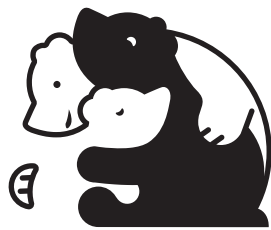
Anzahl bescheinigte Unterschriften: \_\_\_\_\_

Ort und Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Amtsstempel oder amtliche Eigenschaft:

hier falten



**ELTERNZEIT**



**GAS/ECR/ICR**

nicht frankieren  
ne pas affranchir  
non affrancare

502037/9  
000001

**B**



**DIE POST**

## INITIATIVE FÜR EINE KANTONALE ELTERNZEIT

- **Für die Familie**  
Elternzeit stärkt die Beziehung zwischen Eltern und Kind.
- **Für die Vereinbarkeit**  
Elternzeit verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Komitee Elternzeit  
Postfach 2947  
3001 Bern